

Die „Freiheit“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags nur einmal, mit den Unterhaltungsbeilagen „Freie Welt“ — „Frauen-Beilage“ und „Der Jugend-Gemalte“. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zahlung und Haus für Monat März 25.— M., im voraus bezahlbar. Für Bestellung nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Streifenband bezogen für Deutschland, Litauen, das Baltikum und Westpreußen sowie die früheren deutschen Gebiete Polens und Luxemburg 50.— M., für das übrige Ausland 77.— M. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin O 2, Breite Straße 80

Die schmalste Kompartimentsbreite über deren Raum kostet 10.— M., einschließlich Inzerentensteuer. Kleine Anzeigen: Das festgedruckte Wort 2,50 M., jedes weitere Wort 1,75 einschließlich Inzerentensteuer. Sonstige Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 7.— M. pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das festgedruckte Wort 2.— M., jedes weitere Wort 1,50 M.

Fernsprecher Zentrum 152 90—153 90

# Freiheit

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

# Katastrophenpolitik der Nationalisten

Zu Beginn der gestrigen Sitzung des Reichstags gab der Präsident bekannt, daß die deutsche nationale Fraktion zur Debatte über die Reparationsnote folgendes Mißtrauensvotum eingebracht hat:

„Der Reichstag billigt das Unannehmbar des Reichskanzlers gegenüber dem von der Reparationskommission versuchten Attentat auf die Souveränität des Deutschen Reiches. Der Reichstag vermißt jedoch in der Erklärung des Reichskanzlers die klare und eindeutige Zurückweisung der Forderung der Reparationskommission auf Schaffung neuer, über die jetzt zur Verabschiedung stehenden Steuergesetze hinausgehenden Steuern für Kontributionszwecke. Er vermißt ferner die Zurückweisung des rechtswidrigen und unerträglichen Versuchs der Reparationskommission, ihre Hand für die Zwecke der Kontribution auf das deutsche Privateigentum zu legen. Er bedauert, daß der Reichskanzler sich erneut auf das unerfüllbare Angebot von 720 Millionen Goldmark in Devisen und 1450 Millionen Goldmark in Sachleistungen für das Jahr 1922 festgelegt hat.“

Angesichts der jetzt vor aller Welt als verfehlt und verhängnisvoll erwiesenen Politik des Reichskanzlers, wie sie zuletzt in der Note an die Reparationskommission vom 28. Januar zum Ausdruck kam, und angesichts des auch jetzt noch in der Erklärung des Reichskanzlers auftretenden Willens, den falschen und verhängnisvollen Weg weiter zu gehen, hat der Reichstag nicht die Zuversicht, daß es einer von dem gegenwärtigen Reichskanzler geleiteten Reichsregierung gelingen wird, das Reich aus der schweren Lage herauszuführen. Aus diesem Grunde versagt der Reichstag der Reichsregierung das Vertrauen, dessen sie nach der Reichsverfassung zur Führung der Geschäfte bedarf.“

Bereits der erste Redner, der Abg. Marx vom Zentrum, geißelte in außerordentlich heftigen Worten die jeder Verantwortung bare Politik der Deutschen Nationalen, wie sie in der Rede Bergts und in diesem Mißtrauensvotum gegen die Regierung zu Tage trete. Wenn er die Ereignisse des späteren Nachmittags hätte voraussagen können, so hätte er die gleiche heftige Kritik über mich an dem Verhalten der Deutschen Volkspartei, der Mitträgerin des famosen Steuerkompromisses, der künftigen Teilhaberin an der Regierung. Obwohl ihr Redner, der Abg. Stresemann, die gestrige Kanzlerrede ziemlich auerkennt beurteilte, und die Erfüllungspolitik als die einzige Möglichkeit der auswärtigen Politik darstellte, hat die Fraktion der Deutschen Nationalen durch Stimmhaltung zu fördern und auch bei einem etwaigen Vertrauensvotum die gleiche Stellung einzunehmen.

Diese charakterlose Haltung kann nur den wundernehmen, der sich unberechtigten Illusionen auf die Zuverlässigkeit der Deutschen Volkspartei hingeeben hat. Nur wenn man geflüßentlich überfah, daß sich durch die Zustimmung der Deutschen Volkspartei zum Steuerkompromiß an ihrer Gegnerschaft zur Erfüllungspolitik der jetzigen Regierung absolut nichts geändert hat, konnte man der Meinung sein, es gebe eine Möglichkeit des Zusammenarbeitens mit der Deutschen Volkspartei. Die Zustimmung der Deutschen Volkspartei zum Steuerkompromiß erfolgte aber doch nur, weil es die relativ geringste Belastung der Besitzenden darstellte, und weil sie damit die Regierung auch zur Preisgabe der Erfüllungspolitik veranlassen wollte.

Obwohl Genosse Breitscheid, der in einer klar aufgebauten Rede den Standpunkt der Unabhängigen Fraktion zur Reparationsnote darlegte, noch keine Kenntnis von dem erst später gefassten Beschluß der Deutschen Volkspartei hatte, hat er diese Situation richtig vorausgesehen. Antizipierend an Births Redewendung, daß die Steuerpolitik ein integrierender Teil der Außenpolitik sei, wies er darauf hin, daß die Regierung in eine unmögliche Situation komme, da ihre Außenpolitik, für die sie nicht die Unterstützung der Deutschen Volkspartei erhalte, nun noch durch ihre Steuerpolitik in Frage gestellt sei.

Schnell ist diese Prophezeiung in Erfüllung gegangen, und wenn jetzt die Regierungsparteien wieder einmal ratlos herumlaufen, weil sie für ein Vertrauensvotum eine Mehrheit suchen müssen, so wird man sie

für nicht ganz schuldlos daran erklären dürfen. Denn noch herrscht nicht überall, auch nicht überall bei den Rechtssozialisten, die Einsicht, die die „Sozialistische Korrespondenz“ in folgende Worte kleidet:

„Mit einer solchen Partei kann man im Reich nicht regieren. Hossentlich ist der Gedanke der großen Koalition im Reich heute endlich verreckt; hossentlich wissen jetzt alle Minister, nicht nur Birth, sondern auch Rathenau, welchen politischen Kurs sie zu steuern haben. Mit der Volkspartei kann man nicht regieren, mit der Volkspartei kann man sich nicht lächerlich machen. Sie ist keine Partei, sondern ein Wackeltopf im Veranugungspark.“

Die Unabhängige Fraktion wird selbstverständlich den deutschnationalen Mißtrauensantrag ablehnen.

## Die gestrige Sitzung

Präsident Lohé eröffnet die Sitzung 1 Uhr 30 Min. Besprechung der Regierungserklärung.

Abg. Marx (Ztr.): Die Note ist meines Erachtens ein weitgehendes Unrecht und widersprüchlich und sanktlos. Durch sie wird gerade das Gegenteil dessen, was man damit erreichen will, einreten. Glaubt die Entente, daß wir gezwungen in gleicher Weise die Reparationen vornehmen würden, als wenn wir es freiwillig tun? Man mag nun einmal den Versuch machen. Man wird nur die sonderbaren Erfahrungen dabei sammeln. Sie, meine Herren auf der Rechten, behaupten, daß unsere Politik Bankrott gemacht habe. Was aber wollen Sie, welche Politik sollen wir treiben? Darüber etwas zu hören, habe ich stets vermißt. Sollen wir erklären, wir wollen überhaupt nicht mehr erfüllen? Das wäre für uns das Unnützigste, was wir überhaupt anfangen könnten. (Sehr richtig!) Wir haben mit unserer Politik erreicht, daß wir seit nunmehr über drei Jahren das Deutsche Reich zusammengehalten haben. Trotz des verlorenen und schweren Krieges, trotz der schweren Lasten, die dem deutschen Volke auferlegt sind. (Widerspruch.) Sie kennen eben die Verhältnisse des deutschen Volkes nicht, wenn Sie das behaupten. (Sehr wahr!) Sehr wahr! (Zentrum.) Sehr hoch ist zu bemerken, daß die breiten Massen des Volkes immer mehr dahin kommen, daß man sich für indirekte Steuern erklärt, wenn auch unter dem Vorbehalt, daß der Kriegsfähiger herangezogen wird. Sonst hieß es, das Kapital hat den Krieg angefangen, das Kapital hat den Krieg verloren, das Kapital soll den Krieg bezahlen. Das Steuerkompromiß läßt die Hoffnung zu, daß das deutsche Wirtschaftsleben wieder gefunden wird. Dann wird auch die weitere Ausdehnung der Lasten möglich sein. Wir lassen uns unsern Optimismus, wieder in bessere Verhältnisse zu kommen, nicht nehmen. (Beifall beim Zentrum.)

Abg. Stresemann (D. V.): Wäre bei Abschluß des Friedensvertrages nicht die Rücksicht auf die innere Lage gewesen, hätte man den Friedensvertrag nicht annehmen können. Selbst in den Kreisen der Entente war man in schwerster Sorge, was werden würde, wenn Deutschland den Vertrag ablehnt. Das darf man auch bei der heutigen Situation, die eine ähnliche ist, nicht außer Acht lassen. Die Forderungen der neuen Note sind unerfüllbar. Man soll auch die Sache nicht so darstellen, als ob die Sachleistungen so sehr viel erträglicher wären als Goldleistungen. Wir verlieren auch durch sie jede Möglichkeit, wieder einigermaßen unsere frühere Stellung auf dem Weltmarkt zu erlangen, die uns die einzige Möglichkeit bietet, die Reparationen zu erfüllen. Das Steuerkompromiß ist für Deutschland das Höchstmögliche der Leistungsfähigkeit.

Ich bedauere die Festlegung des Reichskanzlers auf die bisherige Erfüllungspolitik. Ich sehe nur den einen Weg, den einer internationalen Anleihe, mit der ein längeres Moratorium für Deutschland verbunden sein muß.

### Reichsminister des Auswärtigen Rathenau:

Die Entscheidung der Reparationskommission, die uns am 21. März zugeht, hat uns auf das Schwerste enttäuscht. Poincaré war in seinem Kampfe gegen England nicht ohne Erfolg. Ich habe der Kritik des Reichskanzlers an der neuesten Note der Reparationskommission nichts hinzuzufügen. Immer wieder tritt uns die Vorstellung entgegen, daß unsere Geldentwertung nur auf den Notendruck zurückzuführen sei. Das ist ein schwerwiegendes volkswirtschaftliches Irrtum. Für ein Land mit aktiver Zahlungsbilanz mag das zutreffen. Anders aber für ein Land mit passiver Zahlungsbilanz. Einem solchen Lande ist es unmöglich, fortwährend Zahlungen zu leisten an fremde Länder ohne fremde Hilfe und dabei seine Valuta intakt zu halten.

Der Minister führt die Zahlen an abgelieferten Waffen und Munition im einzelnen an und fährt dann fort: An diesem Punkte können einige Waffenfunde in Deutschland nicht das geringste ändern. Auch nach 100 Jahren wird man in Deutschland noch alte vergrabene Waffen finden, wie man heute noch vergrabene Münzen vergangener Jahrhunderte findet. Die „Abklärung“ in der Welt hat dazu geführt, daß man statt 3,7 Million Mann unter Waffen deren 4,7 Million,

unter Waffen sind. In dieser waffenstarken Welt kann man nicht davon sprechen, daß das entwaffnete Deutschland irgendwelche Gefahr darstellt.

Wir beabsichtigen, die Politik des Friedens zu führen.

Wir wollen die Erfüllung, soweit sie im Rahmen der Möglichkeit liegt, nicht als Selbstzweck, sondern als Weg zum wirklichen Frieden. Wir wollen auch den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete als Weg zum Frieden betrachten. Das wesentlichste unserer Arbeitsarbeit zwischen uns und Rußland wird zwischen Deutschland und Rußland selbst zu sprechen sein. Es ist kein Gedanke daran, daß Deutschland die Absicht hat, Rußland gegenüber die Rolle des führenden Kapitalisten zu spielen.

### Abg. Dr. Breitscheid (USP):

Es ist kein Zweifel, daß die Note der Reparationskommission in allen Schichten des Volkes den stärksten Unwillen, das härteste Mißbehagen hervorgerufen hat. Dieses würde noch viel einheitlicher und wirksamer zum Ausdruck gekommen sein, wenn nicht ein großer Teil der bürgerlichen Presse die Gelegenheit benützt hätte, Del ins Feuer der Erregung zu gießen. (Sehr wahr!) Der günstige Moment sollte benützt werden, um gewisse innenpolitische Ziele zu erreichen. Wenn Herr Bergt forderte, daß die Regierung und der Präsident zurückzutreten haben, so bedeutet das doch nur, daß viele Persönlichkeiten ihm und seinen Parteifreunden Platz zu machen hätten. Ich kann auch Rathenau nicht ganz von dem Vorwurf freisprechen, daß er unmittelbar nach den Verhandlungen von Cannes die Dinge in einem gar zu optimistischen Sinne hat erscheinen lassen.

### Küchternheit und Besonnenheit tut doppelt not!

Es ist auch zu beachten, daß jedes Wort und jede Geste, die den Weg zu neuen Verhandlungen erschweren können, bedenklich ist für Deutschlands Politik und Wirtschaft. Die Regierung soll sich von Konzessionen an das nationale Selbstvertrauen nach Möglichkeit freihalten. Diese Festhaltung hindert uns nicht, daß auch wir aufs Schärfste den Ton verurteilen, der in der Reparationsnote angeschlagen ist. Wir haben diesen Ton auch dann verurteilt und bekämpft, wenn er von anderen Stellen angeschlagen worden ist, wie z. B. bei dem Frieden von Brech-Bionak mit dem besiegten Rußland. Der Erfolg, der auf diese Weise erzielt wird, ist nur eine Stärkung des Nationalismus mit allen seinen Gefahren. Wir haben von jeher auf

### die Leistungsunmöglichkeit im gegenwärtigen Augenblick

hingewiesen. Es ist aber auch nicht zu verkennen, daß die Reparationskommission die sachliche Berechtigung unseres Standpunktes durch ihre Beschlüsse anerkannte. Sie setzte die Forderungen des Londoner Ultimatum in der neuesten Note herab. Das Londoner Ultimatum verhängte über uns eine jährliche Abzahlung von zwei Milliarden Goldmark, außerdem eine Exportabgabe von unserem Export, was zusammengerechnet werden konnte auf eine Leistung von 3,5 bis 3,7 Milliarden jährlich. Die neueste Note verlangt von uns 720 Millionen in bar und neben 1450 Millionen Goldmark in Sachleistungen. Das heißt die Einschränkung unserer Leistungen für dieses Jahr um den Betrag von mehr als einer Milliarde Goldmark. Es darf nur der Möglichkeit gerechnet werden, daß wir den ganzen Betrag im Laufe des nächsten Jahres nicht in leichten brauchen, den wir zu leisten nur dann verpflichtet sind, wenn die beteiligten Staaten im laufenden Jahre tatsächlich den entsprechenden Gegenwert von 1450 Millionen Goldmark verlangen. So müssen wir doch zu dem Ergebnis gelangen, daß das Wort von dem Bankrott der Erfüllungspolitik den Tatsachen nicht entspricht. Wir sind für die Erfüllung bedwegen, weil wir auf diesem Wege allein erst mal die schweren wirtschaftlichen Nachteile vom deutschen Volke und der deutschen Arbeiterschaft fernhalten, zweitens, weil nur auf diesem Wege der Wille bei der Entente geweckt werden kann, Deutschland entgegenkommen zu zeigen und drittens, weil nur auf diesem Wege erwiesen werden kann, daß unter dem Versailles Vertrag nicht nur das deutsche Volk, sondern die ganze Welt leidet, einschließlich der Ententestaaten. Was soll es bedeuten, daß man erklärt, es gebe in England, Frankreich und Italien Stimmen zugunsten Deutschlands. Wenn der ehemalige italienische Außenminister Ricci in seinem Buche schrieb, es hätte Deutschland nicht so schlecht gegangen, wenn es den Friedensvertrag nicht unterzeichnet hätte, so sage ich mit allem Respekt, daß dann „der italienische Staatsmann vielleicht nicht so die Lage Deutschlands zu beurteilen vermag, wie einer, der die Ehre hat, diesem Reiche anzugehören. Vergessen wir nicht, daß die Italiener sich als die Dürstenden in diesem Kriege betrachteten. Sie erklärten, wir Italiener sind es eigentlich, die den Krieg gewonnen haben, während die Franzosen sich die Früchte des Sieges aneignen wollen. Vergessen wir nicht, daß die italienischen Imperialisten in ihren Zielen getäuscht worden sind.“

Herr Stresemann hat schon gesagt, daß hinter den Worten der fremden Staatsmänner keine Taten standen haben. Herr Bergt hat von Katastrophenpolitik gesprochen, ein Wort, das gar nicht in den Mund genommen werden sollte. Zum Beweise beruft er sich auf den Stand des Dollars. In der Tat: der Dollar steigt immer dann,



wenn wir Zahlungen zu leisten haben. Aber demgegenüber möchte ich nur die eine entscheidende Frage aufwerfen: Wie würde wohl der Dollar stehen, wenn die Politik des Herrn Herat getrieben worden wäre?

(Beif. Zustimmung links.) Und dann die andere Frage: Welches ist denn die Politik des Herrn Herat und seiner Freunde? (Sehr gut!) Er sprach von passiver Resistenz, vom Willen zur einschließlichen Gegenoffensive, von der Einmütigkeit des deutschen Volkes in der Ablehnung. Offen gestanden, ich kann mir mit dieser passiven Resistenz nichts Nützliches vorstellen. Wenn ich mir bei diesem passiven Nein etwas vorstellen kann, so nur, daß es ein gewaltiges Glied für die gesamte deutsche Bevölkerung zur Folge haben würde. Herr Minister Rathenau hat schon gesagt, es besteht keine Gefahr für Frankreich, weil wir gar keine Armee hätten, um einen Krieg zu führen. Was soll denn die große Redensart, das Geschrei, das Gezeier, das fortgesetzte Vorspiel von Möglichkeiten, die schlechterdings nicht existieren können.

In der Note der Reparationskommission heißt es, daß Defizit und die Inflation müssen beseitigt werden, das Steuerkompromiß genügt zu diesem Zwecke nicht, es müssen 60 Milliarden neuer Steuern aufgebracht werden, und zwar bis zum 31. Mai nicht nur geplant, sondern auch in Kraft gesetzt sein.

Ich erkläre, es ist technisch und sachlich unmöglich, diese Summe und diesen Termin einzuhalten.

Es ist aber unter allen Umständen zuzunehmen, daß die Voraussetzungen der Forderungen der Reparationskommission richtig ist. Das Steuerkompromiß ist in der Tat unzulänglich. Es genügt weder nach seiner formalen, noch nach seiner sachlichen Seite hin. Wir haben die denkbar schärfste Kritik geübt und gesagt, daß es in ungebührlicher Weise die arbeitenden Klassen bedrückt, und zweitens gar nicht ausreicht, um das Defizit des deutschen Staats zu beseitigen. Der Reichskanzler sagt, das Steuerkompromiß ist ein integrierender Bestandteil unserer auswärtigen Politik. Ich greife das Wort an. Wir haben die auswärtige Politik der Regierung, des Kabinetts Wirth bisher unterstützt. Der Reichskanzler wird erkennen müssen in Konsequenz seiner Worte, daß uns eine solche Unterstützung nur so schwer gemacht wird, je mehr auf dem Gebiete der Steuerpolitik als integrierender Bestandteil der auswärtigen Politik Wege eingeschlagen werden, die wir nicht für richtig halten und nicht zu geben vermögen. (Sehr richtig!) Wir billigen nicht die Methoden der Durchführung, billigen nicht, wenn diese Erfüllung vollzogen wird auf Kosten in erster Linie der Arbeitseinkommen und zugunsten der Besitzinteressen in Deutschland. Reichskanzler und Regierung werden sich darüber klar sein, daß auf die Dauer ein Konflikt unausbleiblich sein muß. Gemäß der Reichskanzler und seine Regierung können ihre Unterstützung anderwärts suchen. Aber wir hegen die Befürchtung, da er dann sich in die Hände von solchen Leuten begibt, die zwar mit der finanziellen Fundamentierung der Reparationen einverstanden sind, aber im Prinzip der Erfüllung innerlich entgegenstehen. Mit dem Steuerkompromiß wird nicht nur das Defizit nicht beseitigt, sondern

Steuerkompromiß und Zwangsanleihe hindern nicht die Inflation

und das ständige Sinken der Kaufkraft der deutschen Mark. Und diese Inflation vollzieht sich auf Kosten und zum Schaden aller Arbeitseinkommen und zum Vorteil aller, die nicht von der Arbeit, sondern von der Spekulation leben. Angeht es unserer wirtschaftlichen Lage und die Förderung der Sozialisierung des Bergbaus und der Schwerindustrie wieder in den Vordergrund gestellt werden. Darüber hinaus ist ein hartes Eingreifen in die Vermögenssubstanz, das, was wir unter Erlösung der Sachwerte verstehen, erforderlich. Mit uns vertreten hat die ganze sozialdemokratische Partei diese Forderung, mit uns waren die freien Gewerkschaften. Sie sind von diesem Wege einseitig abgewichen, aber sie müssen von ihrem jetzigen Standpunkt wieder zurückkommen. Jetzt ist der Moment gegeben, wo sich zeigt, daß das Kompromiß nicht bringt, was man sich von ihm versprochen hat.

Für uns ist die Erlösung der Sachwerte ein erster zehnjähriger Schritt zur Sozialisierung.

Er bedeutet eine Beteiligung des Staates unmittelbar an der Produktion in Industrie und an Wirtschaft, an den Erträgen dieser Produktion. Er bedeutet die Möglichkeit, durch den Staat eine Kontrolle auszuüben über diese Produktion, zu verhindern, daß die Abzüge der Aktiengesellschaften verschleiert werden, zu verhindern, daß Kapital, wie es heute geschieht, nach dem Ausland abgehoben wird.

In der Note der Reparationskommission wird Sparfaktum gefordert. Aber es kommt darauf an, wie, wo und wann kann man sparen? Es ist nicht damit getan, daß man ein Streichquartett oder eine Sparkommission, wie man es nennen will, einsetzt, das Streichen von ein paar Ministerialräten mehr oder minder willkürlich vornimmt, wobei es noch fraglich ist, ob immer nur Sparmaßnahmen oder andere bestimmend sind. Wenn die Entente unter Sparfaktum versteht, daß die Erwerbslosenfürsorge beseitigt werden müßte, so würden wir dagegen unieren denkbar schärfsten Widerspruch erheben. Ich erlaube mir, darauf hinzuweisen, daß es einen Posten gibt, wo unbedingt Einschränkungen vorgenommen werden könnten: bei dem Posten Meer und Marine (Sehr wahr!). Wir fordern größte Sparfaktum nicht nur in gewissen Kreisen der Bevölkerung, sondern auch von der Regierung. Ist es Sparfaktum, wenn die bayerische Regierung jetzt einen Militärattache nach Berlin sendet (Belierfeld), daß die preussische Regierung 60 Millionen Mark zur Propaganda ausgeworfen hat, um zu verhindern, daß preussischer Boden, auch nur ein Stückchen, an Hamburg fällt? Ist es Sparfaktum, daß deutsche Zeitungen und zweifelhafte Offiziere in Oesterreich von Deutschland unterstützt werden, die dort nationale Propaganda entfalten sollen? Ist es Sparfaktum, daß die kleinen Bundesstaaten selbständige Regierungen mit selbständigem Verwaltungssystem haben? Im Interesse der Sparfaktum wäre es gelegen, wenn wir alles täten, um der Vereinheitlichung der deutschen Republik nach Möglichkeit entgegenzukommen.

Auch wir müssen durchaus ablehnen, daß die Reparationskommission eine Kontrolle oder, besser gesagt, unmittelbare Einmischung in die inneren Angelegenheiten vornimmt. Der Friedensvertrag gibt der Reparationskommission das Recht, in gewissen Reichabschnitten die Leistungsfähigkeit und das Steuerwesen Deutschlands nachzuprüfen.

Wir widersprechen uns aber einem unmittelbaren Einmischungsrecht,

einem Mitbestimmungsrecht bei der Gestaltung des Steuerwesens, ebenso wie Sowjetrussland eine Einmischung irgend eines Staates in seine inneren Angelegenheiten ablehnt. Von der deutschen Regierung muß von innen her der Inflation entgegengearbeitet werden, aber ohne ein Entgegenkommen der Entente kann ihr nicht Einhalt geboten werden. Wir können die Geldentwertung nicht beseitigen, wenn uns eine internationale Anleihe nicht gegeben wird. Wir sind erfreut, daß sich auch von anderer Seite jetzt Erörtern bemerkbar machen, die den Wiederaufbau Russlands fordern, wie wir ihn schon immer gefordert haben. Diese ökonomische Rekonstruktion Russlands ist für den Zusammenhang der Weltwirtschaft ebenso

notwendig, wie die Sanierung der deutschen Verhältnisse. Der Zweck des Wiederaufbaus darf nicht der internationale Kapitalismus sein, sondern Rußland und das russische Volk selbst.

Auch wir sind mit Herat für eine Einheitsfront. Aber nicht für die große nationale Einheitsfront, die er propagiert, sondern für die des Klassenbewußtseins, zielklaren Proletariats auf nationalem und internationalem Boden. Für die Einigung des Proletariats auf nationalem Boden mit dem Zweck, dafür zu sorgen, daß die arbeitenden Klassen, die die Last des Krieges getragen haben, nicht auch die Last und das Elend des Friedens erdulden müssen, auf internationalem Boden mit dem Zweck, daß den Kreisen das Handwerk geleitet wird, die in diesem Frieden nur die Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln sehen. (Beifälliger Beifall bei den U.S.)

Abg. Haas (Dem.): Ein Einheitsgebiet der Kapitalmacht aus Deutschland kann nur auf internationalem Wege und mit internationaler Hilfe geübt werden. Das Reparationsproblem kann nicht mit Gewalt gelöst werden, wie es diese Note versucht. Der deutsche Reichstag nimmt keine Beschlüsse entgegen. Die Note der Reparationskommission vertritt gegen Willen und Wissen des Friedensvertrages, der an eine demokratische Regierung gerichtet war. Das Mißtrauensvotum der Deutschnationalen lehnen wir ab. Wenn wir, wie die Deutschnationalen, es auf das Neugerichte antommen lassen wollen, dann muß das ganze deutsche Volk mit diesem Willen hinter uns stehen. Aber auch dann werden wir uns einer deutschnationalen Führung nicht anvertrauen.

Unter Ablehnung aller Abänderungsanträge wird das Gesetz über Verlängerung der Geltungsdauer der Demobilisierungserordnungen angenommen.

Nächste Sitzung: Donnerstag, 1 Uhr. Tagesordnung: Kleine Vorlagen. Fortsetzung der Beratung. Dritte Lesung des Branntweinmonopols und der Steuererlasse.

## Eine Antwort

Von Arne Crispian.

Genosse Karl Rautsky nimmt in einem Offenen Brief an die U.S.P. Zentrale Stellung zu dem am 21. März 1922 in unserer Parteipresse veröffentlichten Aufruf der Kommunistischen Arbeitsgemeinschaft, dem unsere Zentraleitung einen eigenen Aufruf folgen ließ. Da mir die Sache über alles geht, lasse ich die persönlichen Ausfälle des Genossen Rautsky gegen unsere Parteizentrale wie gegen einzelne ihrer Mitglieder auf sich beruhen. Auch darüber will ich mit dem Genossen Rautsky nicht rechten, daß er den immer noch ungewöhnlichen Weg über den „Vorwärts“, das Organ einer anderen Partei, wählt, um uns mit seinen Ansichten bekanntzumachen.

Genosse Rautsky beschwert sich darüber, daß wir in unserem Aufruf die Aufnahme der R.A.W. mit der Aufforderung an alle ehrlichen revolutionären Klassengenossen in der rechtssozialistischen Partei, in die U.S.P. einzutreten, verbunden haben. Damit klinge unser Aufruf in einen Kriegsruf gegen die S.P.D. aus. Und Rautsky erhebt die ebenso ungenügende wie durch nichts begründete Anschuldigung gegen uns, daß unsere Politik schon seit geraumer Zeit die Einigung der deutschen Sozialisten hemme, daß wir die Hauptschuldigen geworden seien an dem Fortbestehen der Spaltung des deutschen Proletariats.

Es gab eine Zeit, da der Boden für die ernsthafteste Annäherung einer Einigung der deutschen Sozialisten gut vorbereitet war. Das war in den Tagen der großen gemeinsamen Demonstration nach den Morden an Gareis und Erzberger.

Dann kam aber das rechtssozialistische Görlich. Ueber Görlich schrieb Genosse Rautsky einen Artikel, der in der Morgenausgabe der „Freiheit“ vom 22. September 1922 veröffentlicht wurde. Mit Trauer konstatierte Rautsky, daß die Rechtssozialisten sich ihrer historischen Aufgabe nicht bewußt gewesen seien, für die große Wendung im proletarischen Klassenkampf zu wirken, durch die allein die Wege, die zur Einigung führen, gefunden werden können:

„Noch sind die Verhandlungen des Kongresses der deutschen Mehrheitssozialisten nicht zu Ende. Aber was er bisher zutage gefördert hat, genügt, uns befürchten zu lassen, daß er nicht leicht, was er leisten konnte und sollte.“

Wir konstatieren das nicht mit Schadenfreude, sondern mit Trauer. Denn damit wurde die große Wendung im proletarischen Klassenkampf Deutschlands, ja, der Internationale, verpaßt, die von Görlich hätte ausgehen können, wenn man sich der historischen Aufgabe besser bewußt gewesen wäre, die aus der politischen Situation erwuchs.

Genosse Rautsky rief jorntig aus:

„Das hat man in Görlich übersehen. Die geringschätzige und verlegende Art, wie man dort von der U.S.P. sprach, konnte nicht anders wirken, wie ein abschließendes Verbinden der Einigung.“

Zeit wichtiger noch als diese Provokationen, die man noch als Ungelegenheiten von Politikern, die ihre Worte nicht abwägen wissen, hingehen lassen mochte, wirkte die sachliche Entscheidung.

Die sachlichen Entscheidungen betrafen die Koalitionspolitik und das rechtssozialistische Parteiprogramm. Ueber die Koalitionspolitik äußerte Genosse Rautsky sich zunächst im allgemeinen:

„Bei aller taktischen Annäherung zwischen S.P.D. und U.S.P.D. bestand zwischen den beiden noch ein stark trennendes Moment: die Frage der Koalitionsregierung. Eine solche widerspricht so sehr dem Wesen des proletarischen Klassenkampfes, daß sich unter allen Umständen proletarische Massen nur ungern zu einer Koalitionspolitik verstehen. Bei dem linken Flügel der Sozialdemokratie, der sich dann als U.S.P.D. konstituierte, wurde diese Abneigung noch verstärkt, zuerst durch die Burgfriedenspolitik während des Krieges und nach dem Zusammenbruch durch die Ueberzeugung, die Koalition sei ein Mittel, die Gewinnung der Alleinherrschaft des Proletariats durch die Revolution zu hindern.“

Hätten sich nun die Rechtssozialisten mit ihrer Koalitionspolitik in bestimmten Grenzen gehalten, so würde das, nach Rautskys Meinung, dazu geführt haben, daß sich schließlich auch die U.S.P.D. mit der Koalitionspolitik hätte aussöhnen können. Die Rechtssozialisten taten in Görlich aber das Gegenteil. Sie bekundeten in einem entsprechenden Beschlusse ihre Bereitschaft für die Ausdehnung ihrer Koalitionspolitik über die bisherigen Grenzen hinaus bis zur Einbeziehung auch der Deutschen Volkspartei. Diesen Beschlusse brandmarkte Genosse Rautsky mit scharfen Worten, um zugleich den geschlossenen Widerstand der U.S.P.D. gegen den Görlicher Beschlusse zu verklären:

„Statt dessen haben die Vertreter des Parteiapparats in Görlich den Parteitag mit einem neuen, völlig unerwarteten Schwadrig überrollt und dafür auch die große Mehrheit gewonnen, der den Weg zur Koalition in ihrer abstoßendsten Form eröffnet, einer Form, der bis zum Parteitag selbst der großen Mehrheit der Rechtssozialisten

als unannehmbar galt.

Ob man sich wirklich in dieser Weise koalieren will oder nicht, die bloße Ankündigung der Koalition muß das Kabinett Wirth nach außen, wie nach innen schwächen, was gerade jetzt sehr verhängnisvoll werden kann. Und der Görlicher Beschlusse präsentiert den Koalitionsgedanken in einer Form, in der er den geschlossenen Widerstand der U.S.P.D. finden wird.“

Die bloße Ankündigung der Rechtssozialisten, sich auch mit der Deutschen Volkspartei zu koalieren, hatte damals Rautsky schon derart in Harnisch gebracht, daß er die Rechtssozialisten für die Hauptschuldigen an dem Fortbestehen der Spaltung der deutschen Sozialisten hielt. Um wieviel größer ist heute diese Schuld der Rechtssozialisten, wo sie ihre in Görlich angekündigte Koalitionspolitik praktisch verwirklicht haben. In Preußen sitzen die Rechtssozialisten mit der Deutschen Volkspartei in einer Regierung, im Reich haben die Rechtssozialisten mit der Deutschen Volkspartei ein für das Proletariat verhängnisvolles Steuerkompromiß abgeschlossen. Die schlimmsten Befürchtungen Rautskys sind eingetroffen.

Noch scharfer urteilte Genosse Rautsky über das Görlicher Parteiprogramm der Rechtssozialisten:

„Die Sache wird nicht besser durch den Charakter des neuen Parteiprogramms.“

„Die Ablehnung des Klassencharakters der Partei ist eine weit ernstere Sache als die Koalitionspolitik. Diese ist stets etwas Vorübergehendes und um so ungefährlicher, je ausgeprägter der Klassencharakter der Partei.“

„Der Jauch neuer Schichten nach dem Kriege und seit der Revolution umfaßt fast nur solche Elemente, die tatsächlich Arbeiter ohne den Besitz ihrer Produktionsmittel sind, Lohnarbeiter, die sich aber bisher zur Bourgeoisie rechneten, Angestellte und Beamte. Der Krieg hat ihre Lebenshaltung proletarisiert, die Revolution hat sie zu proletarischem Denken gebracht. Deshalb, und nicht als Schichten, die „außerhalb der Arbeiterklasse stehen“, kommen sie zu den sozialistischen Parteien. Die Aufgabe, die sie uns stellen, ist nicht die, den Klassenkampf abzuschwören, sondern die, sie in den Klassenkampf einzureihen.“

„Sucht man dagegen diese selbst in eine Koalition zu verwandeln, so gewährt man Elementen, die nur bestimmte Interessen mit dem Proletariat gemeinsam haben, und nur in bestimmten Situationen mit ihm zusammengehen können, unter allen Umständen Einfluß auf alle seine Befreiungen. Das muß die Sozialdemokratie zu einer ebenso hollösen und charakterlosen Partei machen, wie etwa die Nationalliberalen, heute Volkspartei, geworden sind.“

Genosse Rautsky hat wiederum durchaus Recht, wenn er sagt, daß die rechtssozialistische Partei durch die Aufgabe ihres Klassencharakters und das Abschwören des Klassenkampfes zu einer ebenso hollösen und charakterlosen Partei gemacht wird, wie etwa die heute mit ihr verbundene Deutsche Volkspartei. Gleich und gleich gesellt sich gern, könnte man hier sagen.

Die gleiche Erkenntnis, wie sie Genosse Rautsky in dieser Frage bekundet hat, veranlaßte uns in unserem erwähnten Aufruf zu folgenden Bemerkungen:

„Die Zurückkehrenden reihen sich jetzt wieder ein in unsere Kampfgemeinschaft. Zugleich richten sie die Aufforderung an ihre noch zögernd im kommunistischen Lager verbliebenen Freunde, an alle ehrlich-revolutionären Klassengenossen in der rechtssozialistischen Partei und an die indifferent oder müde Beiseitgetretenen, ihrem Beispiel zu folgen, in die unabhängige sozialdemokratische Partei Deutschlands einzutreten.“

Wir schließen uns diesem Aufruf an, die Erinnerung an die Bruderkämpfe der letzten Jahre zurücktreten zu lassen vor dem Bewußtsein, daß die Wiedervereinigung aller auf dem Boden des proletarischen Klassenkampfes stehenden Sozialisten das Gebot der Stunde ist, und daß es sich jetzt um den Anfang der Erfüllung dieses Gebots handelt. Die Vergangenheit lehrt die Notwendigkeit des Zusammenschlusses. Die Gegenwart ruft uns zum Kampfe in gemeinsamer „proletarischer Front gegen den Kapitalismus und die kapitalistische Staatsgewalt.“

Da die U.S.P.D. weder eine Koalitionspolitik ablehnender, unannehmbare Form und von verhängnisvoller Wirkung betreibt, da sie weder ihren Klassencharakter noch den Klassenkampf abschwört, mühte unsere Zentrale doch wohl die proletarischen Klassengenossen auch in der rechtssozialistischen Partei zum Eintritt in die U.S.P.D. auffordern. Oder könnte uns jemand zumuten, der politischen Haltlosigkeit und Charakterlosigkeit zum Verhängnis des Proletariats Vorbehalt zu leisten?

## Stimmen der Parteipresse

Zu dem Konflikt in der „Freiheit“-Redaktion liegen an weiteren Meinungsäußerungen der Parteipresse bis jetzt die folgenden vor:

**Vollstimme, Gauen:**

Der Beschlusse der zentralen Körperschaften ist berechtigt. Es sei nur daran erinnert, daß die „Arbeit“ einen Artikel von Rautsky veröffentlichte, der eine Lanze für die Koalitionspolitik mit bürgerlichen Parteien brach, ohne irgendwie selbst zu den Ausführungen Rautskys Stellung zu nehmen, obwohl sie das Gegenteil von dem in Leipzig einstimmig angenommenen Manifest befaßten. Es ist bekannt, daß die Berliner Parteiorganisation längst eine andere Befehung der „Freiheit“-Redaktion forderte.

**Münchener Morgenpost:**

Damit ist ein Konflikt offen zum Ausdruck gekommen, der schon seit geraumer Zeit innerhalb der Partei zu erheblichen Auseinandersetzungen führte. Es ist selbstverständlich, daß daran nicht allein die Redaktion der „Freiheit“ beteiligt ist. Gelegentlich der letzten 13 Reichstagsabstimmungen bei der Abstimmung des Vertrauensvotums haben wir bereits betont, daß diese Art der Behandlung wichtiger politischer Entscheidungen nicht fortgesetzt werden dürfe. Wir müssen uns aber die tatsächlich bestehenden Differenzen in der Auffassung der allgemeinen politischen Situation klar werden, wenn wir überhaupt noch Anstand darauf erheben wollen, eine politische wirkende Partei zu sein. Das Ausscheiden eines so bedeutenden Kopfes des Internationalen Sozialismus wie Dillinger, aus dem führenden Organ der Partei, abt uns einen Beifall von der Seite, den der Konflikt innerhalb der Berliner Organisation angenommen hat. Davor dürfen wir den Kopf nicht in den Sand stecken. Die Debatten über diese Differenzen werden noch weitere Kreise ziehen. Die gesamte Partei wird notwendigerweise dazu Stellung nehmen müssen.

**Tribüne, Mannheim:**

Soweit die „Arbeit“. Wir möchten nur bemerken, daß wir den Beschlusse der Zentralkommission, der besser noch früher erfaßt wäre, begrüßen. Was wir im Reich für eine selbstverständliche Pflicht ansehen, nämlich, die politische Linie entsprechend der bestehenden Parteibeschlüsse einzuhalten, muß auch für alle diejenigen Gültigkeit haben, die selbst wenn sie anderer Meinung waren, in Leipzig keine Einwendungen gegen das Manifest machten.



# Das Attentat der Zaristen

## Die Monarchistische Gefahr

Das Attentat, das am Dienstagabend in der Philharmonie auf Professor Miljukow ausgeübt wurde, und bei dem Professor Rabokow getötet, sowie einige Personen aus dem Publikum schwer verletzt wurden, erweist sich als ein Werk zweier ehemaliger Zarenoffiziere, Peter Schabelski-Bork und Sergius Taboritzki, die speziell zum Zweck der Ermordung Miljukows aus München nach Berlin gekommen waren. Wie in der „Vossischen Zeitung“ mitgeteilt wird, war dieses Attentat schon vor langer Hand vorbereitet. In den Kreisen russischer Monarchisten hat dieses Verbrechen an der Spitze einer Reihe politischer Attentate gestanden, für die die einzelnen Täter bestimmt waren. Gerade das Attentat gegen Miljukow, gegen den sich der ganze Haß der russischen Monarchisten richtet, sollte das Signal für die überall verstreuten Parteigänger sein. Es steht zweifellos fest, daß in einer Versammlung russischer Monarchisten, die am 10. März getagt hat, die Ermordung Miljukows in allen ihren Einzelheiten durchgesprochen worden ist. Es darf auch nicht übersehen werden, daß Schabelski-Bork und Taboritzki sich in München aufgehalten haben, wo, wie durch die Untersuchungen in der Angelegenheit der Ermordung Erzbergers festgestellt ist, die russischen monarchistischen Kreise in den ihnen sinnesverwandten an Erzbergers Ermordung beteiligten deutschen Monarchistenkreisen einen Rückhalt gefunden haben.

Außerordentlich bezeichnend ist ferner, daß das Attentat der beiden Zaristen während der am 25. März in Berlin begonnenen Tagung des russischen Monarchisten-Kongresses stattgefunden hat. In der Presse war schon vor einigen Tagen gemeldet worden, daß unter anderem auch der unentwegte deutsche Monarchist Graf Ernst Reventlow auf diesem Kongress ein Referat halten würde. Genau wie im vorigen Jahre in Bad Reichenhall in Bayern demonstrierten die deutschen und russischen Monarchisten auch auf dem Berliner Kongress die Gemeinsamkeit ihrer Ziele und Anschauungen. Und genau so wie die Erzbergermörder Schutz und Tillessen gingen nun die von bestialischem Haß gegen ihren politischen Gegner erfüllten Attentäter Schabelski und Taboritzki von Worten zu Taten über, indem sie im übersüllten Versammlungsssaal zahlreiche Schüsse auf wehrlose Personen abgaben.

Dieser Zusammenhang der Ereignisse verleiht dem Attentat in der Berliner Philharmonie eine außerordentliche politische Bedeutung. Was sich hier abspielte ist kein Konflikt zwischen einzelnen Gruppen der russischen Emigration, der mit der Waffe in der Hand ausgetragen wird, es ist vielmehr ein neues Symptom des barbarischen Kampfes der Monarchisten gegen ihre politischen Gegner, ein neuer Akt der internationalen monarchistischen Verschwörung gegen die republikanisch-demokratische Ordnung in Mittel- und Osteuropa. Es ist kein Zufall, daß auch die russischen Nordbuben aus München nach Berlin gekommen waren, genau so wie es kein Zufall war, daß die Erzbergermörder sich des tatkräftigen Wohlwollens der Münchener Polizeibehörden erfreuten. Das reaktionäre Bayern erweist sich immer wieder als der Hort der internationalen Konterrevolution, als der Schlupfwinkel der monarchistischen Verschwörer aus allen Ländern, als das würdige Gegenstück Horthy-Ungarns, das bei allen Plänen der deutschen und russischen Monarchisten stets eine außerordentlich bedeutsame Rolle spielt.

Gewiß werden die rechtsstehenden Blätter aller Schattierungen diese Zusammenhänge zu vertuschen suchen, indem sie jede Verbindung mit den Kreisen der Attentäter läugnen und eine zügellose Ausländerhete entfesseln werden. Doch diese bühnischen Tricks dürfen weder die öffentliche Meinung noch die Behörden irreführen. Klärung ist erneut die Tatsache in die Erscheinung getreten, daß die Parteigänger der Monarchie ihre Pläne mit Hilfe eines blutigen Terrors zu verwirklichen trachten und ihre politischen Gegner systematisch durch Mord und Verbrechen zu beseitigen suchen. Mögen die deutschen Monarchisten durch die Erfahrungen vom letzten Herbst gewarnt, neuerdings vorsichtiger zu Werke gehen, so zeigt doch die Handlungsweise ihrer russischen aristokratischen Freunde, daß die Existenz der monarchistisch-militaristischen Verschwörerkreise eine enorme Gefahr für die deutsche Republik wie für den allgemeinen europäischen Frieden bildet. Die Schüsse in der Berliner Philharmonie müssen auch die Laesten und Schlaftrüben zur Erkenntnis bringen, daß der russische Loser-Kampf gegen das internationale Verschwörergesindel eine Lebensfrage für die deutsche Republik, wie für die gesamte europäische Demokratie ist.

## Eine Anfrage an die preussische Staatsregierung

Unsere Genossen haben im Preussischen Landtage folgende Anfrage eingebracht:

Am 25. März ist in der Berliner Philharmonie von zwei ehemaligen zaristischen Offizieren ein Attentat auf den liberalen russischen Politiker Professor Miljukow verübt worden. Die Angeln verfehlten ihr Ziel und trafen den Professor Rabokow, der tödlich getroffen zusammenbrach, während mehrere Personen aus dem Publikum schwer verletzt wurden.

Nach den polizeilichen Feststellungen sind die Attentäter speziell aus München nach Berlin gekommen, um hier ihr Verbrechen auszuführen. Das Attentat steht zweifellos in Verbindung mit den monarchistischen Treibereien in Bayern, wo die russischen Zaristen sich seit Jahr und Tag der Gunst der Behörden erfreuen, wie auch mit dem soeben in Berlin stattgefundenen russischen Monarchistenkongress, an dem nachweisbar auch führende deutsche Monarchisten teilgenommen haben.

Was denkt die Preussische Staatsregierung zu tun, um diesen gemeingefährlichen Treibereien, die das Zusammenwirken der russischen und deutschen Monarchisten erneut auf-

decken und die eine schwere Gefahr für die Sicherheit der deutschen Republik bilden, mit aller Entschiedenheit entgegen zu wirken?

## Der amtliche Bericht

Berlin, 29. März.

Die polizeilichen Ermittlungen zur Aufklärung des gestrigen Attentats auf den früheren russischen Minister Miljukoff werden von der Abteilung Ia des Berliner Polizeipräsidiums geführt. Diese Dienststelle hatte in die Versammlung, in der das Attentat verübt wurde, drei Aufstich sprechende Beamte entsandt, da sie mit etwaigen Demonstrationen rechtsrussischer Kreise rechnen zu müssen glaubte. Die Beamten waren Augenzeugen des Attentats und beteiligten sich zusammen mit anderen Anwesenden an der Festnahme der Täter. Nach der Wahrnehmung der Polizeibeamten und den Aussagen der bisher vernommenen Privatpersonen hat sich der Vorgang folgendermaßen abgepielt:

Nachdem Miljukoff seinen Vortrag beendet hatte, wurden aus nächster Nähe mehrere Schüsse auf ihn abgegeben. Die Schüsse gingen fehl. Kurz darauf fielen weitere Schüsse, durch welche der Chefredakteur der russischen Zeitung „Rul“, Professor Rabokow, getötet und drei weitere Personen verwundet wurden. Die Schüsse sind von zwei ehemaligen russischen Offizieren abgefeuert worden, und zwar von Leutnant Peter Schabelski-Bork und Leutnant Sergius Taboritzki. Beide sind nach ihrer eigenen Aussage russische Monarchisten und lebten seit dem Sommer 1920 in München. Am 23. d. Mis. haben sie dort in den Zeitungen gelesen, daß Miljukoff in Berlin als Versammlungsredner auftreten werde. Darauf begaben sie sich am 26. März nach Berlin, um hier das Attentat gegen Miljukoff auszuführen. Die Täter zeigen nicht die geringste Reue; sie rühmen sich bei der polizeilichen Vernehmung der begangenen Tat.

## Berichte von Augenzeugen

Ueber den Anschlag und seine Folgen werden von Augenzeugen der Mordtat noch folgende Einzelheiten berichtet:

Die Herausgeber der in Berlin erscheinenden russischen Zeitung „Rul“ hatten am gestern Abend mit polizeilicher Genehmigung im großen Saal der Philharmonie eine Versammlung einberufen, in der der Begründer der russischen Arbeiterpartei und spätere kaiserliche Minister des Äußeren Miljukow vor seinen in Berlin weilenden russischen Landsleuten einen Vortrag über seine Erlebnisse und Sindrücke in Amerika halten wollte, wo er an der Konferenz in Washington teilgenommen hatte. Der Einladung der Einberufer waren sehr viele Russen gefolgt. Als der Vortragende etwas verspätet auf der Rednertribüne erschien, waren über 1500 Personen anwesend, so daß der große Saal ziemlich gefüllt war. Kurz nach 10 Uhr hatte Miljukow seine Rede beendet, die ohne Sitzungen verlaufen war. Es sollte eine kurze Pause eintreten, um nach dieser zu einer gemeinsamen Aussprache zu schreiten. Als Miljukow noch auf der Bühne stand und mehrere Personen an ihn herantreten waren, um ihm für seine Ausführungen zu danken, traten plötzlich aus dem Saale heraus hintereinander mehrere Schüsse. Sie waren auf die Bühne gerichtet und töteten Miljukow. Die Angeln verfehlten zwar ihr Ziel, richteten aber anderes Unheil an. Fünf Personen wurden getroffen. Der Chefredakteur der russischen Zeitung „Rul“, der Senator Bladimir u. Rabokow, wurde so schwer getroffen, daß er tot zusammenbrach und die Bühnentreppen hinab in den Saal vor die Füße seiner ebenfalls anwesenden Gattin fiel. Verletzt wurden ferner durch einen Anschlag die 30-jährige Frau Vena Portogals aus der Suarezstraße 3, durch einen Anschlag ein Dr. Baraldias, durch einen Anschlag ein Dr. Reichel, durch einen Anschlag ein Fräulein Ely Goldsch und eine noch unbekannt russische Dame. Miljukow war unverletzt geblieben.

Die Schüsse, die von einem Manne von seinem Sitzplatz in einer der vorderen Reihen des Saales abgefeuert worden waren, riefen eine unbeschreibliche Durcheinander. Der Täter und seine Begleiter wurden vom Publikum mit Unterstützung von Beamten der Abteilung Ia des Berliner Polizeipräsidiums, die sich zur Ueberwachung der Versammlung im Saale befanden, verhaftet.

Der Haupttäter ist der am 5. Mai 1898 in Terek in Rußland geborene frühere zaristische Leutnant Peter Schabelski-Bork, sein Begleiter, ein Freund von ihm, der am 2. August 1895 in Petersburg geborene Sergius Taboritzki, der gleichfalls unter der Katenregulierung Leutnant war. Der gleiche Verhaftete ist ein Student, der sich im Studienjahr in Berlin ansiedelt und nach den bisherigen Feststellungen mit dem Anschlage nichts zu tun hat. Die beiden ehemaligen Offiziere neben an, daß sie einzeln aus München, wo sie wohnten, hierher gekommen waren, um Miljukow, ihren politischen Feind, zu erschließen. Am Sonntag waren sie nach Berlin gekommen und hier im Hotel „Münchener Hof“ abgeblieben. Mit zwei geladenen Pistolen ausgerüstet, hätten sie die Versammlung besucht und sich angeteilt, daß endlich der Tag und die Stunde gekommen sei, wo sie Rache an Miljukow nehmen konnten. Eine ganze Reihe von Personen aus dem Publikum war unter Zurücklassung ihrer Garderobe eiligst mit Kofferwagen davon gefahren. Diese Kleidungsstücke wurden beschlagnahmt und untersucht, da der Verdacht besteht, daß sich unter den Entflohenen Personen befinden, die dem Täter nahestehen und sich durch ihre eilige Flucht der Verhaftung entziehen haben. Auch wurden sofort Beamte zur Kontrolle des Münchener Nachtzuges entsandt, da mit der Möglichkeit gerechnet werden mußte, daß dieser von anderen aus München hierher gekommenen Angehörigen der Zaristenpartei benutzt würde. Es wurden dort jedoch keine verdächtigen Personen angetroffen. Auch die Hotelwohnung der Täter wurde noch während der Nacht untersucht. Im „Münchener Hof“ hatten beide ein kleines Zimmer gemietet, in dem sich nur ein Bett und ein Liegestuhl befand. In ihren kleinen Koffern, die beschlagnahmt wurden, wurde nichts Verdächtiges vorgefunden.

## Die Aussagen der Täter

Der Leiter der Abteilung Ia des Polizei-Präsidiums, Oberregierungsrat Dr. Weis, nahm gestern ein eingehendes Verhör der beiden Täter vor. Für die Tat kommen nach Klärung des Sachverhalts nur die Leutnants Schabelski-Bork und Taboritzki in Frage. Der dritte aktivierte Verhaftete wurde heute wieder entlassen, da er an dem Verbrechen nachweisbar unbeteiligt ist. Während aller Schabelski-Bork im Verhör unumwunden ausgab, daß er Miljukow zu töten beabsichtigte, bestritt Taboritzki, geschossen zu haben. Er erklärte, daß er durchaus gleicher Gesinnung sei, wie sein Freund Schabelski-Bork, daß er dessen Handlungswiese wohl verstehen könne, daß er aber selbst keinen Anstoß abzugeben habe.

Es sind jedoch mehrere Zeugen vernommen worden, die einstimmig ausgaben, daß auch Taboritzki ge-

schossen habe. Schabelski seinerseits beläugt seinen Freund nicht und bestreitet keineswegs dessen Aussagen. Als ihm die Furchtbarkeit seiner Tat vor Augen geführt wurde, sagte er: „Das kann niemand verzeihen. Ich bin Zarist und würde gegebenenfalls wieder so handeln, wie ich gehandelt habe.“

## Das Attentat auf Miljukow

Nach den Ermittlungen der Polizei haben die Attentäter in München in außerordentlich schlechten finanziellen Verhältnissen gelebt, und es ist daher wahrscheinlich, daß ihnen zu der Reise nach Berlin und besonders zu ihrer Neueinkleidung, die erst vor wenigen Tagen erfolgt zu sein scheint, von einer noch nicht bekannten Seite Mittel zur Verfügung gestellt worden sind. Nach Aussagen einer Anzahl von Augenzeugen sind auch unmittelbar nach den ersten Schüssen der beiden Attentäter von einem Unbekannten, der im Gedränge entkommen ist, aus der linken Ecke des Saales mehrere Schüsse abgefeuert worden. Demnach erscheint die Behauptung der beiden Verhafteten, sie hätten ohne jede Unterstützung gehandelt, sehr wenig glaubwürdig. Das Berliner Polizeipräsidium hat sich inzwischen auch an die Münchener Behörden gewandt, um über das Vorleben der Russen Genaueres zu erfahren. Einige Angaben der Attentäter sind sehr wenig wahrscheinlich, namentlich die Behauptung, daß sie in München lediglich durch „Gelegenheitsarbeit“ ernährt hätten. Schabelski-Bork und Taboritzki werden wahrscheinlich noch im Laufe des Donnerstags ins Untersuchungsgefängnis Roßbühl gebracht und dann dem Untersuchungsrichter vorgeführt werden.

## Verhaftung des russischen Monarchistenkongresses

Wie das russische liberale Blatt „Rul“ meldet, wurden gestern in Verbindung mit dem Attentat auf Miljukow und der Ermordung Rabokows in einem Saale des Restaurants „Koles Haus“ am Rosendorfsplatz die dort anwesenden circa 30 Teilnehmer des Monarchistenkongresses von Kriminalbeamten verhaftet und nach dem Polizeipräsidium geschafft. Sie wurden dort einem Verhör unterworfen, bei dem sie jede Verbindung mit den Attentätern leugneten. Werkwütdigerweise wurden diese Bezeugungen von der politischen Abteilung Ia als bare Münze genommen. Das Ergebnis des Verhörs war, daß die verhafteten Kongreßteilnehmer wieder entlassen wurden.

## Die Sehnsucht nach dem alten System

Preussischer Landtag.

Mi., woch, den 29. März 1922.

Bei Eingang in die Tagesordnung wird eine Vorlage zur Abänderung der Beamtenbefolgung dem Beamtenauschuß überwiesen.

In Fortsetzung der Beratung des Haushalts der Landwirtschaft betonte Abg. Brandenburg (SPD.) die wirtschaftliche Notlage der Landarbeiter. Provokationen und Mißregelungen der Landarbeiter sind an der Tagesordnung. In zahlreichen Fällen wird den Landarbeitern bei der Lohnzahlung der Beitrag für die selbe Organisation abgezogen.

Der Landwirtschaftsminister spricht die Hoffnung aus, daß das geplante „Dillswerk“ der Landwirtschaft sich möglichst bald in die Praxis umsetzen möge. Wenn auch schon eine Erleichterung der landwirtschaftlichen Erzeugung eintritt, so müssen doch alle Kräfte angespannt werden, die Produktion weiter zu heben. Die Landarbeiter müssen die Rechte, die ihnen das Betriebsrätegesetz gibt, wahrnehmen und Betriebsräte bilden. Die Staatsregierung wird, soweit wie möglich, die Mithände im Wohnwesen auf dem Lande zu beteiligen suchen. Die Reiterung wird den Bestrebungen des Bundes Aufmerksamkeit schenken.

Abg. Mehnert (Str.): Der Stand der Landwirte ist der freieste im Volke. Wir können eine allseitige Freiheit des einzelnen Berufes allerdings nicht anerkennen, in erster Linie nicht für die Landwirtschaft. (Der erste Rentrumsredner, der Landwirt von Vaden, trat mit den Deutschnationalen für sofortige Beseitigung der Umlage ein.) Abg. Mehlhoff (Dm.): Wenn die Preise für landwirtschaftliche Produkte den Weltmarktstand erreicht haben, wird auch die Produktion mifflam gefördert werden können. — Abg. Witt (D. Vp.) gibt seiner Sehnsucht nach dem alten System Ausdruck. Abg. Schulz-Neußlin (SPD.): Hinter dem Dillswerk der Landwirtschaft steht das Bestreben der Kararier, aus der Ernährungswirtschaft noch größere Vorteile als bisher herauszuholen.

Die Beratung soll am Donnerstag fortgesetzt werden.

## Die Arbeitskämpfe

Lohnkämpfe in Budapest.

Unfal. Budapest, 29. März.

Haft in der gesamten Industrie von Budapest sind Lohnkonflikte im Gange. Die Holzarbeiter, die Bauarbeiter, die Arbeiter der Zuckerfabrik befinden sich im Ausstand. In anderen Industriezweigen haben die Arbeiter ultimative Forderungen aufgestellt. Auch die Mitglieder der Christlichsozialen Organisationen, die als Gegengewicht gegen die sozialdemokratischen Gewerkschaften bisher von der Regierung unterstützt worden sind, nehmen an den Kämpfen teil.

## Beginn der englischen Werftarbeiter-Aussperrung.

Unfal. London, 29. März.

Am heutigen Tage wird sich die Zahl der ausgesperrten Arbeiter um etwa 350 000 Arbeiter der Werftbetriebe erhöhen. Die Unternehmer haben es endgültig abgelehnt, den Beginn der Aussperrung bis zum Bekanntwerden des Ergebnisses der Abstimmung hinauszuschieben. Dagegen bestehen jetzt neue Aussichten auf eine Beilegung des Konfliktes in der Metallindustrie. Die Verhandlungskommission der Arbeiter trifft heute mit den Unternehmern zusammen.

Amnestieforderung der französischen Kommunisten. Die kommunistische Fraktion der Kammer hat einen Amnestieaufwurf eingebracht, worin eine neue Amnestie gefordert wird. Der Zweck der Amnestie ist vor allem der, die Wahl der gegenwärtig im Gefängnis sitzenden Kommunisten Marthe und Badina in den Gemeinderat als zuzulässig zu erklären.

Amerika — der große Geldgeber. Es verlautet, daß Spanien versucht, eine Anleihe von 50 Millionen Dollars in New York aufzunehmen. Die Bankiers erklären, daß eine solche Anleihe nur zu 8 Prozent, zahlbar in 25 Jahren möglich sei. Außerdem suchen Brasilien 25 Millionen Dollar und die Stadt Bombay 7 Millionen Dollar in Amerika zu leihen.





# HERMANN Tietz BILLIGE Lebensmittel

<b>Kohlrüben</b> Pfd. 70 <sup>00</sup>	<b>Gebr. Gerste</b> Pfd. 8 <sup>00</sup>
Mohrrüben ..... Pfd. 2.10	Kaffee-Ers. 10% Bohnen, Pfd. 16.00
Weisskohl ..... Pfd. 3.25	Pflaumenmus ..... Pfd. 8.50
Kodbirnen ..... Pfd. 4.75	Marmelade 50% Zuck. ges. Pfd. 8.00
<b>Sprotten</b> ..... Pfd. 9 <sup>50</sup>	<b>Seelachs</b> ohne Kopf, im ganzen ..... Pfd. 6 <sup>00</sup>
Makrelen-Büdlinge Pfd. 9.50	Kablau ohne Kopf, im ganz., Pfd. 6.80
Grüne Heringe ..... Pfd. 4.80	Salzheringe ..... Stück 1.05

<b>Weinbrand-Verschnitt</b> * * * * *	<b>Deutscher Weinbrand</b> * * * * *	<b>Braun-Auslese-Weinbrand</b> * * * * *
Fl. 32 <sup>50</sup> Fl. 60 <sup>00</sup>	Fl. 37 <sup>50</sup> Fl. 68 <sup>50</sup>	Fl. 45 <sup>00</sup> Fl. 85 <sup>00</sup>
<b>Weinbrand-Verschnitt</b> * * * * *	Fl. 30 <sup>00</sup> Fl. 57 <sup>50</sup>	

<b>Frisches Fleisch</b> Alexanderplatz
<b>Kalbsrücken</b> ..... Pfd. 20 <sup>00</sup>
<b>Kalbskeulen</b> ..... Pfd. 22 <sup>00</sup>
<b>Schweineschinken</b> ..... Pfd. 32 <sup>00</sup>
<b>Schmorfleisch</b> ohne Knochen, Pfd. mit Fettsack 30 <sup>00</sup>
<b>Schweineköpfe</b> ..... Pfd. 25 <sup>00</sup>

<b>Schweinenieren</b> gefroren, Pfd. 8 <sup>00</sup>	<b>Prima Hammelrücken</b> gefroren, Pfd. 26 <sup>00</sup>
--	---

Preise ohne Flasche, 20% Weinsteuerszuschlag. Leere Flaschen werden mit 3,00 in Zahlung genommen.

<b>Weizenmehl</b> Pfd. 8 <sup>75</sup>	<b>Hoferflocken</b> ..... Pfd. 8.50	<b>Backobst</b> ..... Pfd. 16.00	<b>Speisesalz</b> ..... Pfd. 65 Pf.
<b>Amerik. Rindfleisch</b> (Boiled Beef) ..... Pfd. 21 <sup>00</sup>	<b>Leberwurst</b> in Dosen, ausgekocht, Pfd. 14.00	<b>Suppenhühner</b> ..... Pfd. 34.00	<b>Montagna-Naturrotwein</b> 1920er, 1/2 Fl. 15 <sup>00</sup> , 1/4 Fl. 25 <sup>00</sup>
<b>Roastbeef</b> amerikanisch, in Dosen, Pfd. 23 <sup>00</sup>	<b>Blutwurst</b> in Dosen, ausgekocht, Pfd. 13 <sup>00</sup>	<b>Gefr. Kaninchen</b> ohne Kopf, Pfd. 9.00	<b>1917er Cotes de Salival</b> 1/2 Fl. 21 <sup>25</sup> , 1/4 Fl. 37 <sup>50</sup>

<b>1920er Nackenheimer Spitzenberg</b> 1/2 Fl. 32 <sup>50</sup>	<b>1920er Oberh. Malkammerer</b> 1/2 Fl. 20 <sup>00</sup>	<b>1920er St. Joh. Steinberg</b> 1/2 Fl. 22 <sup>50</sup>
---	---	---

### Theater u. Vergnügungen

**Volkstheater**  
7 Uhr  
**König Lear**

**Neues Volkstheater**  
Röbericher Straße 68  
7 1/2 Uhr  
**Zäpfel**

**Staatstheater**  
Opernhaus  
7 1/2 Uhr  
**Die Frau ohne Schatten**

**Deutsches Theater**  
7 1/2 Uhr  
Cyrano von Bergerac

**Kammerspiele**  
7 1/2 Uhr  
Tariff

**Ein Heiratsantrag**  
Großes Schauspielhaus  
7 1/2 Uhr  
Dan ons Tod

**Theater l. d. Königgrätzer Str.**  
7.20 Die wunderlichen Geschichten des Kapellmeister Kreisler

**Komödienhaus**  
7.30  
**Karussell**  
Sensationsstück zum Male

**Berliner Theater**  
7.30 Uhr  
Einer von unsers Leut'

**Apothekater**  
Friedrichstr. 218  
8 Uhr  
Naturalistisch Ballett  
**Der Venusberg**

**ROTTER-BÜHNEN**  
Täglich 7 1/2 Uhr  
**Triltsch Theater**  
**DER VULKAN**  
Kleines Theater  
Das kleine Schokoladenmännchen  
Residenz-Theater  
Das Frau ohne Bedingung

### Komische Oper

7 1/2 allabendlich 7 1/2  
Die große Ausstattungs-Operetten-Revue  
**Der Herr der Welt**

**Walhalla-Theater**  
7 1/2 Uhr  
**Don Cesar**

**Theater am Nollendorfplatz**  
7 1/2 Uhr  
**Die Ehe im Kreise**

**Casino-Theater** 7 1/2  
Die neue Berlin. Posse  
**Familie Gänselein**

**Theater des Ostens**  
(Kino-Theater)  
7 1/2 Uhr  
**Für tot erklärt**

### CIRCUS BUSCH

Tgl. 7 1/2, Sonntag 3U.  
Noch wenige Tage  
**Die zersägte Frau**  
Der große Erfolg  
Stürzbäcker  
der Seeräuber.

### Metropol-Varieté

Behrenstraße 54  
Nur noch 1 Tag  
7 1/2 Uhr  
**Operette**  
**Arnold Korff**  
Berbert Ripert  
Paul Rehkopf  
Frida Lehndorff  
In der sensationellen Operette  
„Das Seemanns-Verbot“  
9 Varieté-Attraktionen

### Buchhandlung „Freiheit“

62, Breite Straße 8-9, 2. Hof parterre

## Ständige Bücher-Bilder-Ausstellung

Sozialistische Literatur  
Schöne Literatur / Jugendschriften  
Bilder mit und ohne Rahmen  
Reiche Auswahl

**\* Antiquariat \***

Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr nachmittags

### Phorosanos

(Deutsch. Reichs-Patent)  
zur schnellen schmerzlosen Behandl. ohne Berufsstörung aller  
**Harnröhrenleiden**  
besonders hartnäckige Ausflüsse. Sofort elektr. Durchleuchtung und mikroskopische Untersuchungen. Besonders Adh. u. Syphilitische sowie Mänserschwäche u. Frauenleiden. Glänzende Heilerfolge u. Dankschreiben. Aerztl. Leitung, Untersuch. u. Beratung kostenlos. Kein Kranker braucht seinen Namen anzugeb. Teilzahlung.  
Phorosanos-Hellanstalten, Potsdamer Straße 109, nahe Steglitzer Str., Brunnenstr. 1/1, n. Rosenthalerpl. Sprechz. 9-12 u. 2-7, Sonntag 10-12. Getreide Warte Räume L. Dam. u. Herr.

### Drum prüfe, wer sich ewig bindet!

Als Selbsthersteller liefern wir in Qualität und Preisen einzig dastehende

## Trauringe

1 Ring, 2000 Gold, v. 200.- an  
1 Ring, 1000 Gold, v. 100.- an  
1 Ring, 500 Gold, v. 70.- an

Garantierbescheinigung, gesetzl. Goldinhalt.

**Ausführlicher Katalog gratis!**

## H. Wiese, Juwelier

Artilleriestraße 30 und Passauer Straße 12  
5 Min. v. Bahnhof Friedrichstr. 1 Min. v. Wittenb.-Pl., Nähe Zoo  
Telephon: Norden 1636. — Handelsgerichtl. eingetrag. Firma.

Extra billige Angebot für gediegene

## Möbel

Schlaf-, Speise-, Herren-Zimmer, Küchen  
Zahlungs-erleichterung.

**Möbel-Frese**  
Weinbergweg 7  
(Rosenthalerplatz)

### Gardinen-Spezialhaus

## Emil Lefèvre

Berlin S.  
Oranienstr. 158

1-3 geschlossen  
**Wandervora Neuheiten**

Gardinen, Stores, Vorhänge, Tischdecken etc. in allen Stilarten.  
Käntlergarden 125 M.  
Balkonvorhänge von 99 M. an  
Bettdecken v. 98.50 M. an

### Almetalle

Lauf- u. Engpasspressen  
I. Abbruch, Metall-Engress  
O 27, Blankenfelderstr. 5,  
Nähe Alexander-Platz.  
Fahrkosten verb. verg.

### Rauchtabak

**Pfund 18 Mark**

Geländer ..... 20 St.  
Schwarz, Krausen 22 St.  
Bavaria ..... 23 St.  
Gold ..... 27 St.  
Hr. Dambarger  
Rund  
Straße 1.

### Botenfrauen sofort gesucht

## Austragelohn pro Monat u. Abonnement 4.20 Mk.

**Hauptexpedition**  
Breite Straße 8/9

**Expedition Wengels**  
O, Cadiner Straße 11  
Tour: Liebigstraße

**Expedition We. ner**  
Greifswalder Straße 29

**Expedition Wuhly**  
Choriner Straße 68

**Expedition Sinner**  
Skalitzer Straße 101

**Expedition Bernsee**  
Steglich, Kommissenstr. 59

**Expedition Franke**  
Genter Straße 34

**Expedition Franzen**  
Wittstocker Straße 19

Expedition Schulze, Lichtenberg, Eitelstraße 30

Expedition Stimming  
Lichtenberg, Weichselstraße 28

Expedition Sternhiker, Charlottenburg, Königin-Elisabeth-Straße 6b.

Expedition Hädicke  
Adlershof, Kleingartenweg 8

Antw.:  
Dr. med. Wilm. Friedrichs, schreibt:  
„Aus den angelegenen Blättern eines pockenkranken Kindes, Erwachsenen (tot od. lebend) wird die ausgepresste Eiterflüssigkeit entnommen. Auf dem Bauch eines lebendigen Kalbes werden unzählige Schnitte gemacht, in diese die Eiterflüssigkeit von dem Menschen gebracht. Damit bleibt das Tier 2-3 Tage liegen, bis sein Bauch mit einer Eiterkruste bedeckt ist. Diese wird mit einem scharfen Löffel abkratzt, mit 5% Glycerin vermischt, an den Kindern des Volkes auf ihren Hüften gepulvert und dann versandt. Diese Lymphe besteht aus: verhornten Oberhautzellen, erweichten Oberhautzellen, Lymphzellen, zerströter Lymphkörperchen, zerströtem Blutwasser, zerströtem Blut, Eiterkörperchen sowie endlich aus Fibrinogen (Leimmasse).“  
Staatsbürger! Eltern! tretet für eure Kinder ein — das Recht über den eigenen Leib. Bad Kissingen. Frau Dr. Andreae.

### Deutscher Metallarbeiter-Verband

### Deutscher Holzarbeiter-Verband

### Verband der Maler und Lackierer

### Verband der Satler und Portefeuller u. Deutscher Transportarbeiter-Verband

Am Freitag, den 31. März 1922, abends 5 Uhr, findet eine

## Bollversammlung

aller in den Fagen- und Karosserie-fabriken beschäftigten Arbeiterinnen und Arbeiter in den Thurnstr. 142, Mühlstraße 142, statt.

**Tagesordnung:**

1. Bericht der Verhandlungskommission über unsere eingereichten Forderungen.
2. Diskussion.

Die Funktionäre werden ersucht, wenn irgend möglich, vor 5 Uhr zu erscheinen. Alle Beschäftigten müssen anwesend sein, um zum Verhandlungsergebnis Stellung zu nehmen.

Die Ortsverwaltungen.

## Sekretär

von der

## Sozialistischen Proletarier-Jugend

Bezirk Berlin-Brandenburg, zum baldigen Antritt gesucht. Bewerbungen sind bis zum 5. April an die Zentrale, Berlin C. 2, Breite Straße 8/9, mit dem Kennwort „Bewerbung“ zu richten.

**Offene Frage an alle rechtlich denkend. Arzt:**  
„Was ist Schindpocken-Lymphe, wie wird sie verabreicht?“  
Antwort:  
Dr. med. Wilm. Friedrichs, schreibt:  
„Aus den angelegenen Blättern eines pockenkranken Kindes, Erwachsenen (tot od. lebend) wird die ausgepresste Eiterflüssigkeit entnommen. Auf dem Bauch eines lebendigen Kalbes werden unzählige Schnitte gemacht, in diese die Eiterflüssigkeit von dem Menschen gebracht. Damit bleibt das Tier 2-3 Tage liegen, bis sein Bauch mit einer Eiterkruste bedeckt ist. Diese wird mit einem scharfen Löffel abkratzt, mit 5% Glycerin vermischt, an den Kindern des Volkes auf ihren Hüften gepulvert und dann versandt. Diese Lymphe besteht aus: verhornten Oberhautzellen, erweichten Oberhautzellen, Lymphzellen, zerströter Lymphkörperchen, zerströtem Blutwasser, zerströtem Blut, Eiterkörperchen sowie endlich aus Fibrinogen (Leimmasse).“  
Staatsbürger! Eltern! tretet für eure Kinder ein — das Recht über den eigenen Leib. Bad Kissingen. Frau Dr. Andreae.

## Dixin

Gewaschen mit

**Henkel's Seifenpulver**

Hersteller:  
**Henkel & Co. Düsseldorf**

Soeben erschienen!

## Gesetzeserläuterungen I Arbeiter u. Angestellte

Seite 9 **Das Unterstützungsgesetz** Seite 9

für Empfänger von Invaliden-, Alters-, Witwen- u. Waisenrenten aus der Invaliden- und Angestelltenversicherung vom 7. Dezember 1921

unter Berücksichtigung der Ausführungsverordnung gemeinverständlich dargestellt und erläutert von **Rudolf Weck, Arbeitersekretär**

**Preis 5.- Mark**

**Verlagsgenossenschaft „Freiheit“ o. G. m. b. H.**  
Berlin 62 Abteilung Buchhandlung Breite Str. 8-9

## Kleine Anzeigen

Annahme in allen Expeditionen des Verlages — Geschäftsstelle, Berlin 62 Breite Straße 8-9

Das Überführungsrecht 2.50 Mk., jeh. weitere Berlin Ztg. 1.75 Mk. neue Überführungsrecht: Überführungsrecht 2.-, jeh. weilt. Berlin Ztg. 1.50 Mk.

<b>Verkäufe</b> Mit Teilzahlung. Garten- u. Anlagen, Ein- u. Ausbauten, Umbauarbeiten, etc. Mit Teilzahlung! Moderne Herren- u. Damen-Moden, etc. Mit Teilzahlung! Garten- u. Anlagen, Ein- u. Ausbauten, Umbauarbeiten, etc.	<b>Verkäufe</b> Mit Teilzahlung! Garten- u. Anlagen, Ein- u. Ausbauten, Umbauarbeiten, etc. Mit Teilzahlung! Moderne Herren- u. Damen-Moden, etc. Mit Teilzahlung! Garten- u. Anlagen, Ein- u. Ausbauten, Umbauarbeiten, etc.	<b>Verkäufe</b> Mit Teilzahlung! Garten- u. Anlagen, Ein- u. Ausbauten, Umbauarbeiten, etc. Mit Teilzahlung! Moderne Herren- u. Damen-Moden, etc. Mit Teilzahlung! Garten- u. Anlagen, Ein- u. Ausbauten, Umbauarbeiten, etc.	<b>Verkäufe</b> Mit Teilzahlung! Garten- u. Anlagen, Ein- u. Ausbauten, Umbauarbeiten, etc. Mit Teilzahlung! Moderne Herren- u. Damen-Moden, etc. Mit Teilzahlung! Garten- u. Anlagen, Ein- u. Ausbauten, Umbauarbeiten, etc.	<b>Verkäufe</b> Mit Teilzahlung! Garten- u. Anlagen, Ein- u. Ausbauten, Umbauarbeiten, etc. Mit Teilzahlung! Moderne Herren- u. Damen-Moden, etc. Mit Teilzahlung! Garten- u. Anlagen, Ein- u. Ausbauten, Umbauarbeiten, etc.
---	---	---	---	---

## Grosser Erfolg

haben selbst die kleinen Anzeigen in der Freiheit







rüggewiesen worden sind. Sind sie doch samt und soers der Angehörige sozialistischer Parteien. Das Provinzialkollegium wird wohl die Vorherrschaft haben, einen oder den anderen Konzeptionsführer beauftragt zu haben. Im allgemeinen hat es sich auf den Standpunkt des alten Regimes gestellt und die „Noten“ an die Wand gedrückt.

Es liegt auf der Hand, daß die Absicht dahin geht, den neuen Geist, der sich im Berliner Schulleben so verheißungsvoll zu regen begann, systematisch zu unterdrücken. Die Ablehnung der sozialistischen Rhetoren ist nicht die erste und nicht die letzte, wenn auch der — bisher wenigstens — dreifache Schritt in der Richtung auf dieses Ziel. Doch die Konfusion mögen sich hüten. Der Kampf, den sie in so trivialer Weise provozieren, wird anders ausgehen, als sie sich träumen lassen!

### Manteltarif der städtischen Arbeiter

Das städtische Nachrichtenamt teilt mit:

Nach Beendigung der Vorarbeiten sind vom Magistrat die Verhandlungen der Parteien über den Manteltarif der städtischen Arbeiter im vollen Umfange eingeleitet worden. Die Abänderungsvorschläge des Magistrats wurden den Gewerkschaften bereits mit der Einladung zu mündlichen Verhandlungen überreicht, die am 31. März stattfinden sollen. Es liegt im dringenden Interesse der Arbeitnehmer, diese mündlichen Verhandlungen über die schwebenden Fragen, die zum großen Teile bereits bei früheren Manteltarifverhandlungen gepflögt worden sind, derart zu führen, daß der neue städtische Manteltarif sobald als möglich zum Abschluß kommt. An den Verhandlungen der Magistrats-Vertretung wird es dabei nicht fehlen. Der Magistrat verfolgt mit seinen Abänderungsvorschlägen das feste Ziel, bei aller Wahrung der wohlverstandenen Arbeitnehmerrechte dennoch dem Gesichtspunkt der Wirtschaftlichkeit der städtischen Betriebe und Verwaltungen Geltung zu verschaffen.

Für die nicht händigen Angestellten sollen die Manteltarifverhandlungen noch den mündlichen der Gewerkschaft gesondert geführt werden. Mit den mündlichen Verhandlungen der Parteien über den Angestelltenmanteltarif dürfte ebenfalls in absehbarer Zeit begonnen werden.

Die Schulentlassungsfeier der weltlichen Schule 10, Gemeindefchule findet am Freitag, den 31. März, vormittags 10 1/2 Uhr, in der Schulaula Friedenstraße statt. Die Eltern der Kinder sind freundlich dazu eingeladen.

Der rätselhafte Vorgang an der Siemensbrücke ist jetzt restlos aufgeklärt. Die Ermittlungen der Kriminalpolizei haben die Angaben des verhafteten jungen Mannes bestätigt. Er gibt zu, daß er dem Mädchen noch geholfen habe, über das Geländer zu springen und ihr auch, als sie auf der anderen Seite stand, auf ihr Verlangen noch einen Kuß gegeben. Sie habe sich dann rücklings in den Kanal fallen lassen. Als er sie dann aber wimmern und stöhnen hörte, habe ihn das Frauen gepackt und er sei davongelaufen.

## Gewerkschaftliches

### Die Arbeitgeber der chemischen Industrie rüsten zum Kampf

Der Wind wehte uns folgendes Rundschreiben, das der Arbeitgeberverband der chemischen Industrie, Sektion Ia, Berlin, Eichhornstr. 4, unter dem 16. März 1922 als vertrieben an die Arbeitgeber der chemischen Industrie versendet, auf den Tisch:

Trotz der immer ungünstiger werdenden Wirtschaftslage nehmen die Forderungen der Arbeitnehmer in steigendem Maße zu. Daher ist es, um bei den bevorstehenden sozialen Kämpfen gerüstet zu sein, rechtzeitig das beweiskräftige Material bereit zu haben. Wir bitten daher unsere Mitgliedsfirmen, getrennt für Angestellte und Arbeiter, uns möglichst genaue zahlenmäßige Angaben über folgende Punkte zu übermitteln: 1. Zeitverlust durch auf die Arbeitszeit angerechneten Erk., Wack- und Wadepausen. 2. Zeitverlust durch Lohnzahlungen. 3. Zeitverlust durch Urlaub. 4. Zeitverlust durch Geschäftsführung der Arbeitnehmervertretung, Freistellung einzelner Leute von Arbeit und Bezahlung arbeitsfreier Zeit (z. B. bei Teilnahme an Tarifverhandlungen und sonstigen Sitzungen usw.) für Betriebsangehörige, Arbeiterrat, Obleute und Vertrauenspersonen. 5. Belastung durch Lohnsteuerabzug.

Unter Punkt 4 sind die Ausgaben mit anzuführen, die gemäß § 11 unseres Reichsstatutes zu zahlen sind, also auch die Gänge zu den Finanzämtern usw.

Wir bitten, bei den zu machenden Angaben das Kalenderjahr 1921 zugrunde zu legen. Ferner bitten wir, da die Angaben für das Jahr 21 zum Teil auf Schätzungen beruhen werden, fest laufend Material zu sammeln, um für das Kalenderjahr 22 genaue Ergebnisse zusammenstellen zu können.

Abgehen von den Unwohlheiten die im Gange des Rundschreibens enthalten sind — denn nie ging es den Unternehmern der chemischen Industrie besser als in den jetzigen Zeiten der grenzenlosen Not der Arbeiterklasse — zeigt das Rundschreiben, daß es den Unternehmern darauf ankommt, die sozialen Errungenschaften der Arbeiter wie Wochzeit, Urlaub, Sprechstunden und Geschäftsführung des Betriebsrats usw. zu beseitigen.

Gegenüber diesem Ansturm muß es bei der Arbeiterklasse der chemischen Industrie nur ein Neben, geschlossene Abwehr durch Stärkung der Gewerkschaften.

### Angestelltenstreik der Zigarettenindustrie

Am Montag sind zwischen dem Arbeitgeberverband und den Angestellten-Organisationen die unterbrochenen Tarifverhandlungen wieder aufgenommen worden. Die Arbeitgeber schlagen wiederholt eine neue Gruppierung vor, die gegenüber dem bisherigen Zustand eine wesentliche Verbesserung ist für die gesamte Angestelltenklasse bedeutend hätte. Vor allem sollen die tariflichen Abmachungen nicht mehr für die Reisenden (Vertreter) gelten, die man nur noch gegen Provision beschäftigt und so auch den sozialen Schutzgeheimen entziehen will.

Die geforderten Gehaltssteige wurden nicht bewilligt und eine Rückwirkung ab 1. 2. 1922 abgelehnt, obwohl seit Dezember v. J. keine Gehaltssteigerungen gemacht wurden. Die bisherige sechsmonatige Kündlungsfrist zum Quartalschluß soll in eine viermonatige zu jedem 1. Ultimo abgeändert, der Schlichtungsausschuß als zuletzte Schlichtungsinstanz

ausgeschaltet und alle Streitfälle vor die ordentlichen Gerichte gebracht. Ausbilden nach freier Vereinbarung bezahlt werden usw. Die Angestellten haben nach siebenstündiger Verhandlung in später Nachmittage den letzten Einigungsversuch gemacht, auf die ihrerseits geforderten Gruppierungsverbesserungen zu verzichten und die bisherige, seit einem Jahr geltende Gruppierung unverändert beizubehalten.

Die neuen, im Verlauf der Verhandlung reduzierten Gehaltsätze sollten ab 1. 2. 1922 gelten. Auch dieser Vorstoß wurde abgelehnt und die Verhandlungen von den Arbeitgebern mit der Erklärung abgebrochen, daß nunmehr den Angestellten unter Ausschaltung der Organisationen Feuerungsanlagen von 25 bzw. 30 Prozent bezahlt werden würden. Durch dieses Verhalten wurde die vorhandene Empörung in der Angestelltenklasse noch gesteigert, so daß der größte Teil der Betriebe am Dienstag früh in den Streik trat. Ab heute ruht die Arbeit in der ganzen Industrie.

U. S. P. D.-Funktionäre des Metallarbeiter-Verbandes, Versammlung sämtlicher Funktionäre und Generalversammlungsbefugter, die auf dem Boden der U. S. P. D. stehen, Donnerstag, den 30. März, abends 7 Uhr, in der Schulaula, Weinmeisterstr. 16/17. Tagesordnung: Stellungnahme zur Wahl der Preisverwaltung. Der wichtigsten Tagesordnung wegen ist das Erscheinen sämtlicher in Frage stehender Genossen dringend notwendig. Partei- und Gewerkschaftsausweis legitimiert. Der Protokollvorstand.

Deutscher Transportarbeiter-Verband, Funktionäre der Sektion II. Das Material für die Abstimmung in den Betrieben wird heute abend in der Versammlung, Neue Philharmonie, Köpenicker Straße 96-97, an die Funktionäre ausgegeben. Um eine Einheitslichkeit in der Abstimmung zu erzielen und Zweifel nicht aufkommen zu lassen, sind Abstimmungen vorher nicht zu vollziehen und die bereits vollzogenen ungültig. Die Sektionsleitung.

### Parteiveranstaltungen

U. S. P. D. Gruppe Süd-Ost, Donnerstag abend 7 Uhr, Funktionärversammlung beim Genossen Wälder, Kaufinger Straße 9.

Donnerstag, den 30. März.

Marienburg, abends 7.30 Uhr, öffentliche Volksversammlung. Vortrag des Genossen Schacht: „Die Leuzung Berlin“.

Berlin, Freitag, den 31. März, abends 7 Uhr, in der Aula des Sophien-Gymnasiums, Sternstraße. — Alle Mitglieder müssen persönlich erscheinen.

9. April, (Sonnabend) 2. Abstellung: Wichtige Abstellungsvorstellung abends 7 Uhr, bei Gen. Wälder, Kaufinger Str. 9.

### Vereinskalender

Donnerstag, den 30. März.

Deutscher Transportarbeiter-Verband, Sektion 2, abends 6.30 Uhr, Neue Philharmonie, Köpenicker Str. 96-97, Funktionärversammlung für die Funktionäre der Sektion 2. Tagesordnung: Die Tagesordnung ist von erheblicher Wichtigkeit und erwartet eine beachtliche Zahl von Vertretern.

Deutscher Holzarbeiter-Verband, Monatsfeier der Frühlingsfeier, — Samstag, den 31. März, abends 8 Uhr, in der Schulaula, Weinmeisterstr. 16/17, Arbeitslosenfeier, eine Versammlung statt. Um hässliches Erbschein zu vermeiden.

Deutscher Transportarbeiter-Verband, abends 7.30 Uhr, Einzelabend. Versammlung im Gewerkschaftshaus, Engelstraße 24-25. Großer Saal. Tagesordnung: Bericht über Lohnverhandlungen und Arbeitslosigkeit.

Berichterstatter für die Redaktion Robert Gensel, Berlin: für den Unteranteil und geschäftliche Mitteilungen: Ludvig Komerling, Berlin. — Berlags-Gewerkschaft „Arbeit“, z. B. m. S. D., Berlin. — Druck von Götting & Retzsch, G. m. S. D., Berlin, G. B. M., Mittelstraße 71.



**Der kauft alle drei:**

- den Rock**  
in der entzückenden, modernen Plisseeform mit den so beliebten Römerstreifen für **225:**
- das Kleid**  
mit ganz reizender Kurbelstickerei aus schöner blauer Cheviotware, mit flottem Schleifengürt für **590:**
- den Jumper**  
dies modernste aller Kleidungsstücke aus weißem Vollvolle mit andersfarbiger Kurbeleiverzierung für **185:**



Königstr. 33 Chausseestr. 113  
Am Bahnhof Alexanderplatz beim Stettiner Bahnhof